

Vollversammlung der LK NÖ fordert Fortführung der Blauzungenimpfung Schultes: "Masterplan Bioenergie" auf EU-Ebene weiter forcieren

Die flächendeckende Impfpflicht gegen die Blauzungenkrankheit soll beibehalten und wie ursprünglich geplant drei Jahre von der öffentlichen Hand finanziert werden. Diese zentrale Forderung hat die Vollversammlung der LK NÖ bei ihrer heutigen Sitzung erhoben. "Damit auch weiterhin eine flächendeckende Impfung erfolgreich umgesetzt werden kann, ist die Finanzierung aus Bundesmitteln auch in den Folgejahren zu sichern. Diese für die wirtschaftliche Absicherung der österreichischen Rinder-, Schaf- und Ziegenbauern notwendige und daher von den Zuchtverbänden vehement geforderte Maßnahme ist auch für einen funktionierenden Exportmarkt mit gesunden Rindern aus Österreich wichtig", erläuterte LK-Präsident Hermann Schultes.

Hinsichtlich der dauernden Anbindehaltung von Rindern kritisierte die Vollversammlung der LK NÖ den Mangel an Rechtssicherheit für die betroffenen Tierhalter. So ist nach 2012 die dauernde Anbindehaltung zulässig, wenn es keine Auslauf- oder Weidemöglichkeiten gibt, wenn besondere bauliche Gegebenheiten am Betrieb vorliegen oder die Sicherheit von Mensch und Tier in Gefahr ist. In welchen Fällen diese Ausnahmen tatsächlich Geltung erlangen, stelle sich aber erst im Falle einer Kontrolle heraus, monierte Schultes. "Wir fordern daher schon im Vorfeld verbindliche Auskünfte der kontrollierenden Behörde, um Rechtssicherheit im Rahmen des Tierschutzgesetzes zu haben. "

"Masterplan Bioenergie" auf EU-Ebene weiter forcieren

Das Konzept der Energiestrategie Österreich beruht auf den Säulen Versorgungssicherheit, Energieeffizienz und erneuerbare Energie. Vom Gesamtausbaupotenzial aller erneuerbaren Energieträger hat die Bioenergie mit über 50% den größten Anteil, was neben der klassischen Biomasseverwendung (Scheitholz, Hackschnitzel und Pellets) auch stark den Ökostrom betrifft. Die Novelle des Ökostromgesetzes liegt nach wie vor in Brüssel zur Notifikation. Zur Weiterentwicklung von Ökostrom ist eine Rechtsbasis notwendig. Bis zur Verordnung angemessener Einspeisetarife nach dem neuen Ökostromgesetz fordert die Vollversammlung daher die Verlängerung des Rohstoffzuschlages für bestehende Biogasanlagen. Eine Schlüsselrolle komme auch der Holznachfrage und -

verwendung im Baubereich zu. Ein kontinuierlicher Einschlag aufgrund entsprechender Nachfrage sei die beste Standortsicherung für die Holz- und Sägeindustrie und Basis für die Biomassebereitstellung über das anfallende Sägerestholz. "Eine verstärkte Berücksichtigung von Holz als Baustoff bei den Konjunkturpaketen des Bundes und des Landes, vor allem bei öffentlichen Bauten, ist daher gefordert ", so der LK-Präsident abschließend.